

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 4952 und 8849

Nummer 1

Berlin, den 1. Januar 1927

2. Jahrgang

Ins neue Jahr hinein!

Die Zeit kennt keine Ruhepause. Sie reißt in ununterbrochenem Lauf Stunde an Stunde, Tag an Tag, Jahr an Jahr. Wir stehen am Anfang des Jahres 1927. Mit etwas lautem Getöse ist es in der Silvesternacht von vielen Menschen begonnen worden. Aber all das kräftige Getöse hat auf die Zeitgeschichte keinen Einfluß. Was gestaltend die Dinge beeinflusst, geht anders vor sich und hinterläßt sichtbarere Spuren als so eine bröhnende Jahresbegrüßung zur mitternächtlichen Stunde.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen wissen das am besten. Geht die Wirtschaft nicht in geregelten Bahnen, so leiden sie darunter. Entschieden Konflikte größerer Art, werden von den Machthabern die Nachteile dem Arbeitervolk aufgebürdet. Kommen den Kapitalisten die Profite zu gering vor, halten sie sich an den armen Volksschichten schadlos. So will es die gegenwärtige Gesellschaftsordnung mit ihrer kapitalistischen Weltanschauung. Sie soll aber nicht ewig bleiben. Das muß geändert werden.

Wir freiorganisierten Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen haben uns zum Ziel gesetzt, die bestehende Ungerechtigkeit zu beseitigen und lassen uns davon nicht abbringen, selbst wenn unsere Gegner noch so schmähen und damit die Öffentlichkeit von ihrem eigenen brutalen Klassenkampf ablenken. Mit dem Verbänden von Ungerechtigkeiten, Unrecht, Falschheit, Trug, Roberei, Bedrückung und Brutalität begehen wir sittliche Taten und notwendige Erneuerungen bahnen wir an. Darin liegt das Große, das Edle und Gute unserer Gewerkschaftstätigkeit. Unser Wirken soll der Menschheit zum Segen gereichen.

Dieses Ideal steht vor uns.
So schön unser Ziel auch ist, die Wege, die uns zu ihm führen, sind weniger angenehm. Sie sind streckenweise noch unpflasterbar und mit Hindernissen bedeckt. Schließlich irren wir auch einmal ein Stück, wenn wir die Markierungszeichen unserer Zielweiser nicht beachten, oder wir müssen zeitweise verweilen, weil noch nicht alle unsere Brüder und Schwestern gleichen Schritt mit uns zu halten vermochten. Auch vor anderen Enttäuschungen werden wir nicht bewahrt bleiben.

Sollen wir deshalb verzagen?
Nein!
Mit der Losung: wir wollen weiter, vorwärts, aufwärts, gehen wir ins Jahr 1927 hinein. Wir geloben uns dabei, als Gewerkschafter und Menschen weiter unsere volle Pflicht zu tun.

Wir haben gar keinen Grund, verzagen zu sein. Denn die letzten beiden verflochtenen Jahre zeigten, daß wir bei unermüdlicher Tätigkeit Erfolge hatten. Wir dürfen sie nur nicht bei unserer Minderzahl zum großen Ziel übersehen. Sie sehen manchmal so unscheinbar aus und geben uns doch die Möglichkeit, an ihnen zu erkennen, daß wir trotz aller Nachschläge noch Macht und Einfluß im Wirtschaftsleben und im Staate haben, wenn wir geschlossen vorgehen.

Trotz der gewaltigen Rückschläge von 1923 und 1924 erreichten wir als organisierte Arbeitermasse eine Senkung der Lohnsteuer, Verbesserungen in der Erwerbslosensfürsorge, der Strifenfürsorge, des Arbeitsgerichtswezens u. a. Wir können davon nicht befehdigt sein. Unsere Forderungen gingen weiter, aber wir können aus den Vorgängen erkennen, daß unser Wirken Erfolg hatte, der noch bedeutend günstiger wäre, wenn hinter den freien Gewerkschaften ein noch größerer Massenwille gestanden hätte. Nur festgefügte freie Gewerkschaften verbürgen fähigere Erleichterungen.

Diese Feststellung gilt nicht nur für den Arbeiter als Staatsbürger, sondern auch für den Arbeiter als Beschäftigter im Betrieb. Auch in diesem Falle bedeutet der Arbeiter nichts als einzelner, sondern nur als organisierte Masse, als Gemeinschaft von vielen beruflich oder industriell Gleichen, und von der Größe, dem Rückhalt seiner Organisation hängt das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse bei den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ab. Diese Erkenntnis muß im Verlauf der nächsten Jahre noch mehr in Arbeiterkreisen Platz greifen.

Vom guten Willen, den nur eingebildeter Kampfkraft, von Resolutionen und Parolen kann eine gewerkschaftliche Organisation nicht leben, die braucht ganz andere Kräftequellen und Lebenselemente, ganz andere Karrierestufen. Sie liegt vorhanden in der Arbeiterschaft. Sie brauchen nur geweckt und in den Verbänden gesammelt werden, dann bringen sie Früchte hervor, die der gesamten Arbeiterschaft schmecken und erfreuliche Dienste leisten.

Mit Eifer wieder ans Werk im Jahre 1927, damit im Verbands der Fabrikarbeiter und im Keramischen Bund die Erfolge nicht ausbleiben. Aber nicht von Stimmungen leiten lassen, oder von Stimmungsausschüßen wie in der Silvesternacht Änderungen erwarten. Mehr Ueberlegung und bewußtes Arbeiten ist schon nötig. Die Arbeiterschaft hat sie und tut das ja auch. Sie muß sich auch in diesem Jahr bewußt sein, daß von ihrem Wirken oder Nichtwirken ihr Schicksal abhängt. In der Hoffnung, daß dies recht viele, am besten alle Arbeiter erkennen, begrüßen wir das

Neue Jahr.

Der Bundesausschuß zum Notgesetz und Ueberstundenunwesen.

Am 11. Dezember trat der Bundesausschuß des ADGB im Hause des Reichswirtschaftsrats in Berlin zu seiner sechsten Sitzung zusammen. An der Sitzung nahmen auch die Redakteure der Gewerkschaftsblätter und die Bezirkssekretäre des ADGB teil. Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipart des verstorbenen Genossen Robert Dikmann, der in dieser Sitzung des Bundesausschusses zum ersten Male fehlte. Schon bei seiner Heiseung in Stuttgart haben die deutschen Gewerkschaften dem Verstorbenen die Ehre erwiesen, die er als Vorhänger des Deutschen Metallarbeiterverbandes und als einer der rührigsten und tapfersten Mitkämpfer der Arbeiterbewegung verdient. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und lebhafter Auseinandersetzungen mit ihm haben wir alle, sprach Leipart aus, Dikmann wegen seines glühenden Interesses für die Bewegung

geschätzt, geachtet und geliebt. Zugleich gedachte Leipart des verstorbenen Genossen Himpel vom Vorstande des Verkehrsverbundes. Auch er verdiente als einer der Alten und Treuen das gleiche ehrende Gedenken.

Gegenstand der Beratungen des Bundesausschusses war die Verkürzung der Arbeitszeit. Genosse Leipart berichtete einleitend über die seit der letzten Bundesausschusssitzung abgehaltenen Besprechungen und Verhandlungen mit den anderen Spitzenorganisationen und der Regierung über die Frage eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Beseitigung des Ueberstundenunwesens. Leipart nahm auch Bezug auf die parlamentarische Situation in diesem Augenblick. Diese Situation müßte vom Bundesausschuß geprüft werden. In jedem Falle halte er eine energische Propaganda für die Forderung der Gewerkschaften für notwendig.

Gräßmann machte sodann dem Bundesausschuß Mitteilung von den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern in den Fraktionen der bürgerlichen Parteien des Reichstags und

Zum neuen Jahre.

Wenn wir ein neues Jahr beginnen
Und grüßen seinen ersten Tag,
Dann wünschen wir uns Glück und Frieden,
Was uns sein Kreislauf bringen mag.

Das Horoskop der armen Leute
Ist jedes Jahr auf „Krebs“ gestellt.
Wir bleiben ein Objekt der Bente,
Wenn uns kein Ziel zusammenhält.

Wir werden nicht die Sorgen meistern,
Wenn unser Trost sich nicht beschwingt,
Wenn wir uns nicht zur Tat begehren,
Die einst uns die Befreiung bringt.

Wir bleiben Kuller im Geschehen,
Das unaufhaltsam vorwärts rollt,
Wenn wir nicht zueinandersehen,
Wenn ein Gewitter uns umgrollt.

Wir werden mit den Wüten ringen
Und immer Afschneidbrel sein,
Wenn wir dem Kampf nicht Opfer bringen,
Um uns von Draigal zu befreien.

Wenn eifern wir zusammenhalten
In jeder Stunde der Gefahr,
Wird froh auch unser Los gestalten
Das rätselreiche neue Jahr!

Victor Kalinowski.

über die damit im Zusammenhang stehenden Verhandlungen mit Regierungsvertretern. Er erläuterte gewisse Angebote der Regierung und der Regierungsparteien zu der von den Gewerkschaften aufgeworfenen Frage der Arbeitszeit im einzelnen und zeigte, welche Gegenvorläge die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion diesen Angeboten entgegensetzten. Die Vorläge der Regierung sowie der Regierungsparteien kennzeichnete Gräßmann dahin, daß sie eher eine Verschlechterung denn eine Verbesserung des geltenden Rechts sind. Auch mit den vom Arbeitsminister bereits herausgegebenen und weiterhin in Aussicht gestellten Weisungen an die Schlichtungsbehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten können sich die Gewerkschaften nicht zufrieden geben.

Genosse Spliedt ging, anknüpfend an Gräßmanns Darlegungen, noch einmal ein auf die von der Regierung und den Regierungsparteien gemachten Angebote und kennzeichnete die praktischen Folgen, die eine Verwirklichung dieser Vorläge haben würde. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie keine vorläufige Regelung der Arbeitszeitfrage vorzuziehen, sondern die endgültige Regelung im Arbeitsschutzgesetz, dessen Entwurf jetzt vorliegt, antreiben werde. Spliedt besprach diesen Entwurf. Von den früher vorgetragenen Wünschen der Gewerkschaften enthält der neue Entwurf nichts. Ueberall finde man dagegen in dem Entwurf deutliche Spuren des Einflusses der Arbeitgebergruppen. Was der Entwurf bietet, sei ein Vergarmen; in einem solchen Gesetze würde sich nur ein enger Kreis gewichtigster Sachleute wirklich zurechtfinden.

Ferner machte Spliedt Mitteilungen über die vom Bundesvorstand unternommenen Ermittlungen über den Umfang der gegenwärtig geleisteten Ueberarbeit. Es könne gar nicht die Rede davon sein, daß die Ueberarbeit in diesem, bei den Ermittlungen festgestellten Ausmaße nur gefördert und geleistet werde, um dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu genügen.

In der nun folgenden ausgedehnten Debatte fand die in den Referaten zum Ausdruck gekommene kritische Beurteilung der Haltung der Regierung und der Regierungsparteien zur Frage der Arbeitszeit ungeteilte Zustimmung. Allgemein wird die Auffassung vertreten, daß es in dieser Lage nicht sein Bewenden haben könne bei der parlamentarischen Aktion zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zur Arbeitszeit, sondern daß es notwendig sei, in eine große Aktion zur Aufrüttelung der Mitgliedschaften und zur Beseitigung des Ueberstundenunwesens einzutreten. Zahlreiche Anregungen zur Durchführung einer solchen Propaganda wurden von verschiedenen Diskussionsrednern gegeben. Die vom Bundesvorstand in der Frage der Arbeitszeit bereits unternommenen Schritte fanden die volle Billigung des Bundesausschusses. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, keine Bemerkungen fortzusetzen. Die Verbandsvorstände gaben einmütig die Zusage, daß auch sie eine energische Propaganda für die Wiederherstellung der achtstündigen Arbeitszeit sofort beginnen werden. Im einzelnen wurde in der Diskussion folgendes ausgeführt:

Genosse U m b r e i t wies darauf hin, daß die Beratung des Arbeitsschutzgesetzes eine so lange Zeit in Anspruch nehmen werde, daß die Gewerkschaften gar nicht daran denken dürfen, wegen der Aussicht auf das Arbeitsschutzgesetz auf das Notgesetz zu verzichten. Die Gewerkschaften müssen vielmehr alle verfügbaren Kräfte in Bewegung setzen, um eine starke Propaganda für das Notgesetz zu entfalten.

S i m o n (Schuhmacher) teilt mit, daß in der Schuhindustrie in manchen Betrieben trotz verringerteter Arbeiterzahl täglich mehrere Ueberstunden gemacht werden. Auch er spricht sich für eine energische Propaganda gegen das Ueberstundenunwesen und für den Achtstundentag aus. Genosse Dr. Meyer, Bezirkssekretär in Düsseldorf, gibt praktische Anregungen zur Ausgestaltung einer solchen Propaganda. Reichel (Metallarbeiter) betont, daß ein Propagandafeldzug für das Notgesetz zugleich Vorarbeit für die Verbesserung des Entwurfs zum Arbeitsschutzgesetz und eine Aktion zur Stärkung der Gewerkschaften im allgemeinen wäre. Dittmer (Gemeinde- und Staatsarbeiter) hebt hervor, daß es bei einer Aktion zur Beseitigung der Ueberstunden auf den Willen der einzelnen im Betriebe ankommt. Diesen Willen anzujurellern sei eine wichtige Aufgabe. J ä d e l (Textilarbeiter) weist darauf hin, daß in der Textilindustrie in allerjüngster Zeit Schiedsprüche zwecks torifischer Regelung der Arbeitszeit gefaßt worden sind, die im krassen Widerspruch stehen zu den Weisungen des Reichsarbeitsministers an die Schlichter, nach denen diese gleichfalls auf eine Einschränkung von Ueberarbeit hinwirken sollen. Auch Jädell betont, daß es nicht geboten erscheint, sich auf den parlamentarischen Weg allein zu verlassen, sondern daß es notwendig ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hinzulenken auf die groben Mängel, die hinsichtlich der Arbeitszeitdauer in den Betrieben herrschen. Bernhard (Baugewerksbund) führt Beschwerde darüber, daß selbst bei Notstandsarbeiten der Achtstundentag nicht eingehalten wird. Auch dagegen müsse vorgegangen werden. H u s e m a n n (Bergarbeiter) macht Mitteilung über Bemerkungen des Bergarbeiterverbandes zwecks Einschränkung der Ueberstunden im Bergbau. Im mitteldeutschen Revier hat der Bergarbeiterverband das geltende Arbeitszeitabkommen bereits gefündigt, um dort eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. K u m m e r (Metallarbeiter) tritt gleichfalls für eine großzügige Verbechtung der Gewerkschaften neben der parlamentarischen Aktion für den Achtstundentag ein. Reichel (Textilarbeiter) ergänzt die Ausführungen des Genossen Jädell über die Lage in der Textilindustrie. Egger t (Bundesvorstand) erörterte die taktischen Möglichkeiten einer Propagandaaktion. Notwendig sei sie aber auch darum, weil wir jedes Jahr neuen Zuwachs in den Gewerkschaften erhalten, der noch nicht genügend vertraut ist mit den Gedankengängen der Gewerkschaften und den Erfordernissen des gewerkschaftlichen Kampfes.

Die Debatte war damit geschlossen. Leipart faßte ihr Ergebnis zusammen. Er teilte zunächst mit, daß sich nach den soeben bekanntgewordenen Feststellungen die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im letzten Monat wieder um 50 000 vermehrt hat. Das müsse die Gewerkschaften erst recht anspornen, das in der Frage der Arbeitszeit gesteckte Ziel mit Mut und Auversicht zu verfolgen. Eine großzügige Verbechtung für das Notgesetz, gegen das Ueberstundenunwesen müsse nun als eine Aktion der gesamten Verbände begonnen werden. Sie müsse vorgetrieben werden mit allen taktisch möglichen Mitteln, die je nach den Verhältnissen in den einzelnen Industrien verschieden sein werden, und mit unserer ganzen inneren Begeisterung. Es darf unter unseren Mitgliedern niemand geben, der nicht weiß, daß eine verkürzte Arbeitszeit die Verbechtung ist für eine Verbesserung der kulturellen Lage der Arbeiterschaft und daß infolge einer durch Ueberstunden verlängerten Arbeitszeit, durch welche die Arbeiterschaft leidend und körperlich verkrüppelt, die Wirtschaft schließlich einen Schaden nehmen muß. Leipart schloß mit der Feststellung, daß der Bundesausschuß einstig entschlossen sei in dem Willen, die Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen.

S i m o n (Schuhmacher) gibt sodann noch Aufklärung über die in der Schuhindustrie drohende Aussperrung von 50 000 bis 70 000 Arbeitern. Nämlich es ist nächster Zeit zu diesem Kampfe, so sei er, das müsse der Redner schon jetzt sagen, der Arbeiterschaft aufgegeben. Leipart antwortete darauf, daß die übrigen Gewerkschaften die Schuharbeiter bei einem solchen Kampfe selbstverständlich nicht im Stich lassen werden. Man wisse, daß es sich für die Schuhmacher hierbei um die Erfüllung sehr berechtigter und in mäßigen Grenzen gehaltener Forderungen handelt, die von der Schuhindustrie ohne Schwierigkeiten bewilligt werden können.

Hierauf macht Genosse Leipart noch Mitteilungen über einige Fragen, die seit der letzten Bundesausschusssitzung dem Bundesvorstand beschäftigt haben. Nach einer kurzen Aussprache, die sich hieraus ergibt, schloß er die Sitzung.

Neue Wege der Kohlenverwertung.

Von Robert Schmidt.

Es war seit langem bekannt, daß mit gutem Erfolg an dem Problem gearbeitet wurde, aus der Kohle über die gegenwärtige Verwertung durch Verkohlung zur Gewinnung von Säuer- und Weichholz zu gelangen. Wir wissen, daß bei der Verkohlung der Kohle neben Gas als wichtige Nebenprodukte Ammoniak und Teer anfallen, deren vielfache Ausnutzung von unschätzbarem Wert geworden ist. Nun ist die Lösung des Problems gelungen: die Verflüssigung der Kohle durch einen chemischen Prozeß unter Anwendung einer gewissen Temperatur, wo Gel gewonnen wird, das für den Motor als Schmier- und Treiböl Verwendung finden kann. Damit gelangen wir zu einer Ausbeute unserer Kohlenvorkommen, die sich der Ausgestaltung unserer Betriebsweise vom Dampfessel zum Motorbetrieb vollkommen anpaßt. Eine Erfindung von enormer Bedeutung, die nicht hinter der Erfindung zurückbleibt, wie sie in den Leuna-Werken der A. G. Harberindustrie betrieben wird. Auch an dem Verfahren der Herstellung von Motorölen aus Kohle ist der national wie international gleich mächtige Kartentrust beteiligt, der den Zu-

sammenschluß der großen chemischen Unternehmen mit den Angliederungen im Ausland herbeigeführt hat.

Die Aufmerksamkeit ist aufs neue wachgerufen, als vor kurzem auf dem Internationalen Kongress des Kohlenbergbaues in Pittsburg die beiden Gelehrten, die die Kohlenverflüssigung zu einem praktischen Ergebnis führten, dort ihre Forschungsergebnisse ausführlich darstellten. Es sind das Prof. Bergius, der mit der F. G. Farbenindustrie in Verbindung steht, und Prof. Fischer vom Kaiser-Wilhelm-Forschungsinstitut in Mülheim. Beide haben ein ganz besonderes Verfahren mit demselben Ergebnis erfunden. Soviel ist sicher, die praktische Durchführbarkeit des Problems steht nicht mehr im Zweifel, denn die F. G. Farbenindustrie ist bereits emsig dabei, im Anschluß an ihre großen Stickstoffwerke in Essau ein Werk entstehen zu lassen, in dem man Braunkohle nach dem Verfahren des Prof. Bergius ausbeuten wird. Außerdem soll im Westen von derselben Gesellschaft ein Werk errichtet werden, in dem Steinkohle dem gleichen Prozeß unterworfen werden soll. Wenn von dieser Seite im großen Maßstabe die Sache in Angriff genommen wird, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß das Verfahren gewinnbringend ist. Und damit kommen wir zu der wirtschaftlichen Auswirkung des Unternehmens, die wir einmal betrachten wollen, denn über die Erfindung selbst und den dem Verfahren zugrunde liegenden Prozeß hat es an Aufklärung in letzter Zeit nicht gefehlt.

Der Verbrauch an Benzol gewinnt bei der überaus schnellen Annahme des Motorbetriebes in steigendem Maße an Bedeutung. Deutschland selbst bringt für diesen Verbrauch nur wenig auf, unsere Bezugsquelle ist Amerika. Im ersten Halbjahr 1926 haben wir nicht weniger als 243 945 Tonnen Benzol im Werte von 52 644 000 Mk. eingeführt. Nehmen wir für denselben Zeitraum die Einfuhr von Erdöl und Erdölzerzeugnissen hinzu, so gelangen wir zu der sehr anschaulichen Summe von rund 90 Millionen Mark. Dieser Kosten unserer Einfuhr wird im Einklang mit dem steigenden Preis für Erdöl und Treiböl für den Motorbetrieb aus der Kohle zu gewinnen, so ermäßigt sich der Einfuhrposten und gereicht uns zum nicht geringen Vorteil.

Das ist die eine Seite. Zum anderen Teil werden wir bei dem Kohlenüberschuß, den wir haben, jede weitere Verwertung der Kohle freudig begrüßen. Hierzu kommt, daß auf dem Arbeitsmarkt durch solche neue Unternehmungen ein Anreiz erhoben wird, der nicht zu unterschätzen ist. Es handelt sich um die Ausführung großer Bauten, die Beschaffung von Apparatur und die dauernde Instandhaltung von Arbeitskräften in den neuen Unternehmungen. Wir brauchen heute ausgereifte neue Anlagen für das Wirtschaftsgetriebe und müssen deshalb jede Auswirkung nach der Seite freudig begrüßen. Die Bedeutung eines vermehrten Kohlenverbrauchs auf diesem Wege wird allerdings von Prof. Fischer nicht hoch eingeschätzt. Es dürfte im Vergleich zu der gesamten Kohlenproduktion der Anteil bei der Verflüssigung der Kohle gering sein. Das mag zutreffen, aber es wird sich auch sehr darum handeln, in welchem Ausmaß das Verfahren ausgenutzt wird und welche Gewinnungen ihm angeeignet werden.

Auffallend ist das in Essau eine Internationale Bergius-Gesellschaft gegründet wurde, die die Verwertung der Patente besitzt. Wahrscheinlich ist diese Gründung von der F. G. Farbenindustrie ausgegangen, von der eine Zentralstelle die Verwertung des Patents, sowie den Ankauf oder je nachdem die Unterdrückung neuankommender Verfahren ähnlicher Art zu betreiben. So gelangt eine heutzutage Erfindung gleich in den Kreislauf internationaler Ausbeutung und ein Kleinunternehmen eignet sich die Monopolherrlichkeit an. Die F. G. Farbenindustrie hat die Führung in der Bergius-Gesellschaft, denn dem Verwaltungsrat dieser Gesellschaft gehören an: drei Vertreter der F. G. Farben, zwei der Royal-Dutch (holländisch-englische Petroleumgesellschaft) und fünf Vertreter der Rasol Company. Da aber im Verwaltungsrat der Rasol Company vier Deutsche und zwei Engländer sitzen, so dürfte wohl der Einfluß der Bergius-Gesellschaft dem internationalen Charakter stark anbereichert sein.

Im organisatorischen Aufbau ist nun bereits so verfahren, daß für England ein Bergius-System ins Leben gerufen ist, für Frankreich, Belgien und Luxemburg besteht eine Gesellschaft unter dem Namen Sicol. Wie weit andere Interessenten bei der Ausbeute einer deutschen Erfindung bedacht sind, läßt sich nicht übersehen. Sicher ist zu erwarten, daß die weitere Entwicklung interessiert, müssen ein Grund für die Einleitung der beiden Erfinder nach Pittsburg. Denn nicht nur der Bergbau wird von den kommenden Dingen berührt, sondern nicht minder die Petroleumgesellschaften. Schon im Laufe dieses Sommers waren Interessenten aus Amerika her, die nicht wenig erstaunt waren, als ihnen das Verfahren der Kohlenverflüssigung in Mülheim vorgeführt wurde.

Evident ist deshalb auch in den letzten Monaten darüber berichtet, daß die Standard Oil Co. in irgendeiner Form Anträge auf die Sache gemacht hat. Diese Nachricht ist im Hinblick auf den Konzern in Pittsburg wieder aufs neue anzusehen und dürfte durchaus zutreffend sein. Die große amerikanische Petroleumgesellschaft, die Standard Oil Co., wird in dem Bergius-Verfahren eine Gefahr für den Abfall ihrer Vorkasse sehen, und wenn diese Gefahr auch nicht aktuell ist, so wird es in Zukunft werden. Hierbei mag daran erinnert werden, daß die Standard Oil Co. und die Royal-Dutch mit je 25 Proz. an der Hauptgesellschaft der F. G. Farbenindustrie, der Gasolin-A.G., beteiligt ist. Die Beteiligung sei dabei nicht zuletzt

deshalb, um früh genug mit den deutschen Erfindungen über die künstliche Gewinnung von Öl in Verbindung zu kommen. Ein enger Zusammenhang zwischen der großen F. G. Farbenindustrie und den beiden größten Petroleumtrusts der Welt besteht bereits und wird wahrscheinlich in nächster Zeit nach verschiedenen Seiten hin noch eine Erweiterung erfahren.

So stehen wir vor einer interessanten Gliederung des kapitalistischen Aufbaues einer mächtigen internationalen Interessengruppe, die mit gewaltigen Mitteln und großem Geschick betrieben wird.

Vor zwei Jahren habe ich im Reichstag auf die Bedeutung dieser wichtigen Probleme hingewiesen und die Regierung aufgefordert, ähnlich wie bei den Stickstoffwerken die Durchführung der Verflüssigung der Kohle zu finanzieren und den Einfluß auf diese Entwicklung zu sichern. Ich war von der Ermöglichung ausgegangen, daß die Gewinnung von Öl aus der Kohle für die deutsche Wirtschaft von so eminenter Bedeutung ist, daß eine Ausnutzung auf privatrechtlicher Grundlage nicht im vollen Maße dem Allgemeininteresse dienen kann. Die Organisation, die von der F. G. Farbenindustrie aufgezogen wurde, rechtfertigt vollkommen diese Befürchtung und die internationale Verflechtung läßt die Sache nicht im günstigeren Lichte erscheinen. Natürlich wurde im Reichstag taube Ohren gepredigt. Denn nachdem man sich die Stickstoffwerke wieder aus der Hand nehmen ließ, war bei der Einstellung der Regierung ein Zugriff nach der angebotenen Richtung nicht zu erwarten. Die Durchführung eines solchen Projektes hätte gewiß in den Interessentkreisen großen Widerstand entfacht. Aber diesem Kampfe können wir nicht ausweichen, weil die Herrschaft internationaler Konzerne und Trusts zu einer Macht anwächst, die in Gegensatz kommen muß zum Staatsganzen, wenn dieser Staat nicht zugleich sich als der Beauftragte dieser mächtigen Kapitalistengruppe fühlt. deren Interesse zu dem der Arbeiter im schroffen Gegensatz steht.

Lohn- und Arbeitszeitregelung.

In der Lohn- und Arbeitszeitfrage der Spiegelglaswerke Germania in Bors, für die Betriebsabteilungen Schleiferei, Halle und Magazin, waren die Verhandlungen mit den Gewerkschaften gescheitert. Der amtliche Schlichtungsausschuß fällt am 22. November folgenden Schiedsspruch:

1. Die Arbeiter der Halle, welche von dem Lohnstreit erfaßt werden, erhalten statt bisher 10 1/2 Stunden 9 1/2 Stunden vergütet.
2. Die betreffenden Arbeiter der Schleiferei statt 12 1/2 Stunden 11 1/2 Stunden.
3. Die betreffenden Arbeiter im Magazin statt 10 1/2 Stunden 9 1/2 Stunden.
4. Diese Regelung gilt ab 1. November 1926 vorläufig bis 31. Dezember 1926 und läuft im Falle der Nichtbindung um je zwei Monate weiter.
5. Erklärungsfrist: Samstag, den 27. November 1926, mittags 12 Uhr, beim Schlichtungsausschuß.

gez. Jarnieden.

Die Arbeiter hat sich in einer Versammlung mit dem materiellen Inhalt des Schiedsspruches beschäftigt und ihn, da er in keiner Weise befriedigend ausfiel, abgelehnt. Auch der Firma ging der Schiedsspruch nicht weit genug, auch sie lehnte ihn ab. Die daraufhin von den Gewerkschaften neu eingeleiteten Verhandlungen führten zu einem Ergebnis, das auch in der Arbeitszeitfrage für die Schleiferei eine Einigung erzielt wurde. Die Firma gab die Erklärung ab, wenn die Arbeiter in geheimer Abstimmung sich gegen das Zweischichtensystem erklären, so kann bereit sei, unter Gewährung einer Uebergangsfrist die Schichtensystem einzuführen. In der Lohnfrage könne sie aber vorerst keine Angebotsmacht machen, das Abkommen könne mit einer kurzen Kündigungsfrist abgeschlossen werden. In einer sofort vorgenommenen Abstimmung erklärte sich die übergroße Mehrheit für die Einführung der Schichtensystem. Nach längeren Verhandlungen der Gewerkschaften wurde folgendes Abkommen für die Schleiferei getroffen:

Einführung des Dreischichtensystems.

§ 1.

In der Schleiferei wird das heutige Zweischichtensystem durch das Dreischichtensystem ersetzt.

§ 2.

Die Einführung der drei Schichten erfolgt stufenweise, in dem Sinne, daß die einzelnen Kolonnen oder Posten nacheinander ganz oder teilweise in das Dreischichtensystem übergeführt werden.

§ 3.

Die stufenweise Einführung des Dreischichtensystems beginnt sofort und wird so schnell wie möglich durchgeführt und beendet. Sie muß jedoch bis spätestens 1. März 1927 gänzlich durchgeführt sein.

§ 4.

Während der Einführungszeit und spätestens bis zum 1. März 1927 sind die Arbeiter der Schleiferei verpflichtet, solange im Zweischichtensystem weiterzuarbeiten, bis für ihre entsprechenden Posten die dritte Schicht eingeführt ist. Mit der Einführung der dritten Schicht ist jeder Arbeiter verpflichtet, sich dem Dreischichtensystem anzupassen.

1927.

Jahr verachtet auf Jahr, Jahrzehnt auf Jahrzehnt, Jahrhundert auf Jahrhundert, alles immer gleichmäßig gleich, in immer derselben ungleichen Folge. So ist die Zeit in unserer Berechnung in ungleicher Einteilung für das praktische Leben. Wir wissen sie in dieses Maß. Wir teilen sie ein, in Stunden und Minuten. Wenn wir wissen, um welche Uhr, um welche zu haben nach denen wir unser Leben lang zu erleben wollen. Dann die Frage wäre das Zusammenhang für uns Menschen unentbehrlich, wäre es Chaos. Die Zeit bringen wir unter Leben in Plan, und so vergeht in dieser Teilung Jahr auf Jahr.

Was ist die Zeit, in immer der gleichen Folge, doch so verbunden an Inhalt und in der Bedeutung für uns. Da gibt es Jahre, die bedeutungslos sind, Jahre im Gleichmaß auch inhaltlich. Aber dann gibt es Jahre, die uns Gutes bedeuten. Dann gibt es Jahre, die Einschnitte in unserm Leben sind. Da gibt es Jahre der Trauer und der Freude, Jahre der Verzweiflung und des Hoffens, Jahre des Glücks und Jahre der Arbeitslosigkeit und des Verdubs. Und so ist das Leben für uns. So ungleich. So steigend und fallend. So arm und so reich. So infatig und so voll von Erlebnissen hin und wieder.

Darum ist Neujahr nur ein Punkt im unendlichen Dabinsitzen der Zeit. Ist es für dich auch inhaltlich ein Neujahr? Bekommst du vom neuen Jahre ab Arbeit? Oder bist du die Arbeitslosigkeit, von der da noch verachtet geblieben bist?

Da, was der wirtschaftlichen Zusammenhänge des Lebens heraus erfüllt sich dem Glück. Und dieses Glück hängt nicht ab von der Zeit und von der Sonne, die den Lauf des Jahres bestimmt. Dieses Glück hängt ab von dir selber. Erfüllst du deine Aufgabe ganz das Leben? Werst du ein ganzes Glied der sozialistischen Arbeit deines Verbandes, die diese wirtschaftlichen Zusammenhänge in Echtheit hält und das Jahr stets

Während der Einführungszeit und rückwirkend ab 1. November erhalten die bisherigen Akkordeabteilungen, solange sie im Zweischichtensystem arbeiten, folgenden Akkordlohn:

14 1/2 Stunden für 36 Lische, steigend und fallend mit 1/4 Stundenlohn pro Lisch.

Die Firma hatte das bestehende Arbeitsabkommen gekündigt mit dem Verlangen, die Löhne pro Tag um 1,40 Mk. zu reduzieren, was durch das Abkommen abgewehrt worden ist. Die Differenzen für die Halle und das Magazin bestehen fort. Auch hier wird die Firma einsehen müssen, daß der beabsichtigte Lohnabzug von 1,05 Mk. bis 1,70 Mk. von der Arbeiterkraft nicht getragen werden kann. Aufgabe aller Kollegen muß es sein, jetzt schon zu rücken, damit bei der Einführung der Akkordlohnabteilung eine andere Lohnfestsetzung nach oben erfolgt. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn alle Kollegen, so wie jetzt, fest und treu zusammenstehen. Den letzten Mann in den Peramischen Bund!

B. Hertwig.

Tariffündigung in den Rheinischen Spiegelglaswerken.

Die Glasarbeiter der Herzogenrath und Stolberger Spiegelglaswerke haben die bestehenden Lohnabkommen mit vierwöchentlichem Frist zum 1. Januar 1927 gekündigt. Die überaus geringen Stundenlöhne, die mit der Konjunktur der Betriebe in keinem Verhältnis mehr stehen, sind für die Belegschaften unhaltbar geworden. Die Spiegelglasindustrie in ganz Deutschland ist seit Jahren außerordentlich gut beschäftigt. Die Umstellung der Betriebe ist überall in Angriff genommen, und es ist sicher anzunehmen, daß die besseren technischen Einrichtungen die Werke noch rentabler gestalten werden. Es ist verständlich, daß auch die Arbeiter nun versuchen, von dem besseren Stand der Betriebe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwarten. Die Stundenlöhne stehen schon lange nicht mehr im Einklang mit dem notwendigen Bedarf der Lebensunterhaltungskosten der Arbeiter. Darüber hinaus haben sich in den Betrieben Zustände herausgebildet, in bezug auf die Prämienberechnung und Ueberstundenwesen, die dringend einer Neuordnung bedürfen. Auch das Tarifverhältnis selbst muß auf eine für die Glasarbeiter mit den dortigen Verhältnissen entsprechende Grundlage gestellt werden. Die Glasarbeiter mit den übrigen Industriearbeitern in einem Topf zu werfen und die Löhne danach festzusetzen, sind Zustände, die auf die Dauer untragbar sich auswirken müssen. Öffentlich erkennen die Arbeiter, daß eine Verbesserung ihrer Lage nur dann eintreten wird, wenn auch ein einheitlicher organisierter Wille der gesamten Arbeiterschaft vorhanden ist. Diesen Willen zu bekunden und sich insgesamt dem Peramischen Bund anzuschließen, muß nun die Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft sein.

B. Hertwig.

Unterläßt Arbeitsangebote.

Die Tafelglashütte in Großalmerode, welche im vorigen Jahr durch Konkurs zum Stilliegen kam, ist durch ein Bankkonkurs erworben worden. An eine Aufnahme des Betriebes ist in absehbarer Zeit nicht zu denken, deshalb bittet die Zahlstellenleitung, von den fortgesetzten Arbeitsangeboten Abstand zu nehmen.

Achtung!

Glasarbeiter der Tafel- und Gohlglashütten, merket jetzt Freiberg und Brand-Erbisdorf, da genügend Arbeitslose im Bezirk vorhanden sind.

Mehr Lohn, besserer Mantelvertrag — unsere Forderungen.

Mehrere Einladungen folgend, ging es diesmal nach Thüringen. Es galt, über die Kündigung des Tarifvertrages zu referieren und dabei die Stimmung und Auffassung der Mitglieberschaft über die künftige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermitteln; also gegenseitige Information.

In Kahl: Im Bahnhof hat sich beim Eintreffen des Zuges das „Empfangskomitee“ in Gestalt des roten Weinhardt postiert. Es geht erst ins Zahlstellenbüro. Auf dem Wege dorthin wird nacheinander drei Mitgliebers von Gustav Auskunft erteilt, alles in stark nachbarlich-freundschaftlicher Note. Im Büro gilt es noch Dienst zu verrichten. Vertrauensleute bringen Mitteilungen. Der Zahlstellenvorstand erkundigt sich nach den neuesten Dingen und vergewissert sich vor allem, ob ich auch der Einladung Folge geleistet habe.

Die Versammlung ist stark mit schon lange in unserer dortigen Bewegung bekannten Kollegen durchsetzt. Der Vertragskündigung wird mit Genehmigung zugestimmt. Man wartet mit Spannung auf die Gelegenheit, alle Scharten auszuweihen. In einzelnen Abteilungen brodelt schon stark. Mehr Lohn, mehr Urlaub wird von den Sprechern verlangt. „Der jetzige Zustand ist unerträglich, dann schon lieber einmal keine vertragliche Bindung mehr; wir werden uns dann Besseres erzwängen!“ Keine Phrasen, sachlich abgeklärte, tiefste Männer bringen die Meinung der Kollegenchaft zum Ausdruck. Kampfbereitschaft und Entschlossenheit brüden der Stimmung den Stempel auf. 95 Proz. der in den Kahlser Betrieben Beschäftigten sind organisiert.

Rudolstadt-Vollstedt: Nachmittags mit den beiden Geschäftsführern der Zahlstelle im Büro Beratungen über Streitfälle und

Unser Kampf heißt Organisation!

Den Torn auf die Schanzen! Es lodert schon. Unser Kampf heißt Organisation! Die soll jeden Sturm überlohn.

Ein Bau liegt auf aus Not und Nacht, Kom aus dem Nichts und werde Macht. Er wagt durch jed'zig Jahr und mehr, Ein Bau für Saat! Und Saat schwoll her Und immer weiter, durchdrungen heiß, Strahl golden aus der Acker kreis, Und jede Scholle, armutvoll, Spürt, daß sie endlich fruchten soll.

Es naht der Tag, er naht gewiß, Wo der Pflug ins letzte Blachfeld drif. Dann rüht der letzte schlaue Stein Und alles Land wird Neuland sein.

Den Torn an den Pflug! Und Tod der Fron! Unser Mahnung heißt Organisation! Saufens, so zwingen wir's schon.

Den Torn auf die Schanzen! Der schafft es schon. Unser Kampf heißt Organisation! Und keine Macht soll sie bedrohn.

Franz Diederich.

mit sozialem Inhalt zu füllen befreit ist? Oder liebst du die Zeit zerrinnen, teilnahmslos?

Allein bist du nichts gegen die organisatorische Kraft deiner Gegner. Der Verband ist die Macht, die das Leben gestaltet und es bringt zu deinem Glück. Wo es nur geht. Da gibt es kein Neujahr. Da gibt es keine gleichmäßigen Zeitläufe. Da wird das Leben gepakt, wo es und wann es zu vaden ist. Da gibt es auch Stillstand in der sozialen Entwicklung, auch einmal Rückgang. Und dann doch wieder Aufstieg und Erfolg über Erfolg.

So ist das Leben, das sich da jenseits der eingeteilten Zeit vollzieht. Es geht auf und ab und doch in der Tendenz und im letzten Effekte aufwärts. In Perioden aufwärts. Rudweise. Wie alles.

Von einem ewigen Gleichmaße kommt man auch in allem übrigen Geschicken ab. Man sieht überall Perioden. Selbst der Fall von Körpern wird in der Physik ungleichmäßig verlaufen. Die Beschleunigung ist, so glaubt man, nicht konstant. Sie schwankt um einen Mittelwert. Der Körper fällt rückwärts, wohl nur in kleinsten Teilen von der Schwere wegbewegt. Perioden überall. Ein langames Schließen so auch der Zeit, bis wieder eine soziale Stunde geschlagen.

Aber sie schlägt nur, wenn Massen, wenn organisierte Massen sie schaffen. Ohne lebendige Massen ist die Zeit auch inhaltlich nichts als ein Einzelei.

Wenn darum Neujahr neben der äußerlichen Bedeutung für die Einteilung des Geschickens zugleich sein soll ein Kraftpunkt im wachsenden Inhalt der Zeit, dann nur dadurch, daß Massen an diesem äußerlichen Wendepunkte auch zum bewussten Gestalten entschlossen sind. Das neue Jahr soll ein Stück sein von einer großen Epoche. Eine neue, die soziale Periode der Menschheit breche an. Das Jahr sei auch innerlich ein bedeutamer Abschnitt im Zusammensein. Allem zum Troste soll 1927 eine starke, bewußte, kämpfende Masse finden. Dann ist 1927 mehr als ein Jahr. Dann ist es, durch uns vereint, ein Stück sozialer Geschichte.

Differenzen. Abends noch vor der Versammlung Besprechung mit einer Arbeitsgemeinschaft.

Das Versammlungslokal ist stark gefüllt; ein Teil der Besucher muß mit Stehplatz fürlieb nehmen. Die gleiche Stimmung wie in Kahl. Verbitterung wegen verunglückter Tarifverhandlungen der Unternehmer. Wie konnten es die Schlichter rechtfertigen, uns mit so geringen Löhnen und solchen Urlaubsverschlechterungen zu beenden? Wir lassen uns diese ungenügenden Lohn- und Urlaubsbedingungen nicht mehr gefallen. Wir sind bereit, für die Anerkennung unserer Forderungen den Kampf zu wagen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hier noch vor Ablauf des Vertrages wegen verunglückter Vertragsumgehungen durch die Arbeitgeber unsere Kollegen in den Streit treten. Wird die Arbeitgeberseite noch rechtzeitig einlenken? — Organisiert sind hier die Porzellanfabrikanten zu 90 Proz. Die noch bestehenden Läden sind im Schließen begriffen.

Königssee: Trost des hier schon stark ausgeprägten Winterwetters auch Versammlungsbesucher aus Garmisch und den anderen Ortschaften der Umgebung. Sie haben sich den Weg durch Nacht und Wetter nicht verdrängen lassen. Sie müssen mir ja für die Kollegen bekunden, daß alle, alle Mitglieder besseren Lohn und Arbeitsbedingungen, gleich, ob mit oder ohne Reichstaxivertrag, verlangen. 97 Proz. der in den Porzellanfabriken Königssees und Umgebung sind Verbandsmitglieder und gewillt, mit aller Energie für solche Forderungen einzutreten.

Pläne: Ein alter Stamm Kollegen. Die Stimmung war in letzter Zeit in Auswirkung von Kurzarbeit gedrückt und mürrisch. Jetzt ist sie umgeschlagen, sie ist kampfbereit. Die Vertragskündigung fand freudige Zustimmung. Es gibt ja so vieles, was bei den letzten Verträgen verschlechtert wurde, wieder gutzumachen. — Die Kurzarbeit hat auch betrieblich Rückschlüsse bezüglich der Beachtung obligatorischer Vertragsbestimmungen gebracht, die nun wieder weitumachen sind. Besondere Betonung wird auf die beträchtliche Erhöhung der Lohnsätze gelegt. — Die Kollegenchaft in Pläne steht gut in Front; 327 Beschäftigte zählt der Betrieb und 327, also alle, gehören dem Verbands an. 100 Proz. — bravo, Pläne!

In allen 4 Versammlungen zeigte sich Einmütigkeit und Geschlossenheit. Vollste Übereinstimmung mit der Organisationsleitung. Ueberall die Zustimmung der Kollegenchaft: Wir stehen hinter unserer Führung und sind zum äußersten entschlossen. U. R.

Branchenkonferenz

der Porzellanarbeiter Thüringens.

Anschließend an die Zahlstellenleiterkonferenz vom 12. fand am 13. Dezember d. J. eine Branchenkonferenz der Porzellanarbeiter vom Gau Thüringen im Gewerkschaftshaus zu Arnstadt statt. Vertreten waren 23 Zahlstellen durch 37 Vertreter. Von der Leitung des Keramischen Bundes war der Kollege Wollmann erschienen. Der Hauptvorstand hatte die Kollegen Thiemig und Großmann entsandt. Die Zentralbranchenleitung wurde durch die Kollegen Apel und Karl vertreten. Neben den beiden Gauleitern der Branche, den Kollegen Hoffmann und Erdmann-Altenau, nahm Gauleiter Kollege Schneider-Erfurt an der Konferenz teil.

Gegen 9 Uhr eröffnete Gauleiter Kollege Hoffmann unter Befanntgabe der Tagesordnung die Konferenz und begrüßte die erschienenen Vertreter.

Als Tagesordnungspunkte galten: 1. Wahl eines Beiratsmitgliedes der Branche für den Gau Thüringen und seines Stellvertreters. 2. Unser Tarifwesen unter Berücksichtigung der erfolgten Kündigung des Manteltarifs.

Zu Punkt 1. entspann sich eine kurze Aussprache. Einige Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß Thüringen infolge seiner Mitgliederstärke Anspruch auf zwei Beiratsmitglieder der Branche habe. Kollege Wollmann legte die Gründe dar, die die Branchenleitung veranlassen, Thüringen nur einen Vertreter zuzubilligen. Nachdem der Kollege Thiemig vom Hauptvorstand eine Anfrage, bezüglich Hinzuziehung der Branchengauleiter zu den Beiratsitzungen, beantwortet hatte, erklärte man sich gegen eine Stimme mit der Haltung der Zentralbranchenleitung in dieser Angelegenheit einverstanden. Hierauf wurde der Kollege Meinhart-Kahl als Mitglied des Beirats und der Kollege Köhlschütter-Rudolfstadt als Stellvertreter einstimmig gewählt.

Ueber unser Tarifwesen unter Berücksichtigung der erfolgten Kündigung des Manteltarifs referierte der Kollege Apel. Nebenher ging auf unseren Tarifvertrag im allgemeinen ein, streifte dabei den Beschäftigungsgrad, die Nationalisierungsbefreiungen, Forderungen der Arbeitgeber in früheren Verhandlungen u. dergl.

Kollege Karl nahm sich die unstrittigen Paragrafen einzeln vor und wies nach, daß dieser und jener Paragraph bestehen bleiben müsse, eine Anzahl Paragraphen hingegen abänderungsbedürftig seien. Auch in der Lohnfrage müsse eine starke Verringerung nach oben eintreten. An der Hand von Beispielen zeigte er, wie die künftige Lohnregelung aussehen müsse.

Die Diskussion war ausgiebig und ließ Kampfeifer erkennen. Alle Diskussionen wurden gelobt, mit allen Kräften und zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß die Porzellanarbeiter künftig ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Gegen 2 Uhr nachmittags konnte der Kollege Hoffmann die Konferenz schließen mit der Feststellung, daß die auf dieser Tagung getroffene Einmütigkeit, der Geist und Kampfeswille zu den besten Voraussetzungen für die kommenden Tarifverhandlungen berechtige.

Forderungen der schlesischen Porzellanarbeiter zum Tarifabschluss.

In einer Anzahl zum Teil recht gut besuchter Versammlungen in der Zeit vom 10. bis 15. Dezember haben die schlesischen Kollegen und Kolleginnen Stellung genommen zu den Forderungen, die bei Abschluß des Reichstaxi-Vertrages zu stellen sind.

Übereinstimmend kam zum Ausdruck, daß im Mantelvertrage weitgehendste Sicherungen geschaffen werden müssen, um zu vermeiden, daß die Arbeitgeber Scheinbilligungen injizieren und dann alle möglichen Versuche unternehmen, um die Kollegen und Kolleginnen um den Urlaub zu bringen. Während der Laufdauer des Arbeitsverhältnisses durch Stilllegungen zwei- bis dreimal unterbrochen wird, so müssen diese Entlassungen dazu führen, sich im Tarifvertrage gegen diese Art Willkür mehr zu sichern. Als Grundlage zu einem wirklich brauchbaren Vertrag wurde immer wieder der Vertrag von 1920 angezogen.

Die verarmten Porzellanarbeiter stehen geschlossen hinter der Forderung: — Lohnaufschlag — daß eine neue Lohnsätze aufgestellt wird, die sich auf einen Mindestlohn für einen Sacharbeiter über 24 Jahre in der Ortschaft A von 80 Pf. pro Stunde aufbaut. Die tariflichen Mindest- und Zeitlohnätze für Frauen betragen 75 Proz. der tariflichen Männerlohnätze.

Außer der Erhöhung der Tariflohnätze und Ausbesserung der Stückpreise, werden alle existenzbedingenden in all. aller Zuschläge um mindestens 20 Proz. erhöht.

Die sogenannten Rollabgaben bei den Frauenlöhnen haben für die Zukunft zu unterbleiben.

Zum Arbeitszeitabkommen wird gefordert, daß dasselbe vermindert. Wenn man dauernd über schlechte Beschäftigung klagt und Stilllegungen ankündigt, sind keine Überstunden erforderlich. Aus Anlaß der in diesem Jahre erfolgten Stilllegungen sind genügend arbeitslose Porzellanarbeiter vorhanden, die noch auf ihre Wiedereinstellung warten.

Zum Mantelvertrage fordert die Kollegenchaft weitgehendste Sicherung ihrer Rechte, um solche Auslegungsmöglichkeiten, wie sie von den Arbeitgebern im letzten Jahre dem Tarifvertrage gegeben worden sind, zu vermeiden.

Die Belegschaften stehen geschlossen hinter ihrer Organisation. Sie sehen mit voller Zuversicht den Verhandlungen entgegen, sind aber auch zur Abwehr geplanter Verschlechterungen jederzeit bereit.

Die Christen suchen die Arbeitsgemeinschaft.

Die Leitung des christlichen Verbandes der Keram- und Glasarbeiter hält sich neuerdings bei ihrer Werbetätigkeit an kommunistische Methoden. So wie die kommunistische Presse fast täglich die Gewerkschaften, ihre Tätigkeit und ihre Funktionen beschimpft und verleumdet und ihnen dann höhnisch eine Einheitsfront vorschlägt, so machen es auch die „Christen“. Ausgerechnet in ihrer Werbenummer vom 11. Dezember verleumden sie die freien Gewerkschaften in recht gehässiger Weise. Im gleichen Zeitraum bieten sie einzelnen Zahlstellen in Oberfranken und der Pfalz die Arbeitsgemeinschaft an. Andere Zahlstellen tun gut, sehr, sehr vorsichtig zu sein. Eine Arbeitsgemeinschaft von Arbeiterorganisationen kann nur Zweck haben, wenn die Partner ehrlich handeln. Als anständig kann man es nicht bezeichnen, wenn man den freien Gewerkschaften unwahre Vorwürfe macht und auf der anderen Seite die Arbeitsgemeinschaft vorschlägt. So geht es nicht. Wir in der feinkeramischen Branche sind keineswegs abgeneigt, mit den „christlichen“ Vertretern bei notwendigem Vorgehen gegen die Unternehmern gemeinsame Sache zu machen und haben ihnen bei Tarifverhandlungen im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl mehr Mitarbeit eingeräumt, als ihnen eigentlich zustand. Wenn sie aber in ihrer Presse so unanständig gegen die freien Gewerkschaften und uns mit, vorgehen, müssen wir mehr als vorsichtig sein und uns überlegen, ob es in Zukunft so bleiben kann. Auch dies ist unfair und hinterhältig, wenn die geistlichen Vertreter der „christlichen“ Gewerkschaften auf den Kanzeln die freien Gewerkschaften in sehr gehässiger Weise angreifen und jede Vöhr und Nichtigstellung am Ort unmöglich machen, daß sie eben ihre Werbetätigkeit in die Kirche verlegen. Sie sollen in die Dossentlichkeit flüchten, wenn sie Vorwürfe erheben und sollen die Möglichkeit geben, daß sie in Wort und Schrift zur Verantwortung gezogen werden können. Die wahren Christen sollten wahrlich dafür sorgen, daß ihre Kirchen nicht zu Gemeinplätzen gemacht werden. Aber das ist ihre Sache. Jedenfalls steht soviel fest, die „Christen“ müssen sich noch stark bessern, und müssen andere, reellere Methoden einschlagen, wenn sie eine Arbeitsgemeinschaft anstreben.

Gegenwärtig haben sie wahrnehmen müssen, daß unsere Zahlstellen bei ihrer getätigten Werbearbeit gute, zum Teil sehr gute Erfolge zu verzeichnen hatten. Das erregte ihren Neid. Da sie nun eine Organisation und nicht ein Vereinchen sein möchten, erstreben sie Zusammenarbeit, um als Partner zu gelten, um den Anschein zu erwecken, als seien sie etwas.

Wir wollen die Christen nicht hindern, Agitation zu treiben, raten ihnen aber, unsere Leute ungeschoren zu lassen und uns nicht zu verleumden. Wenn bei der Leitung die nötige Einsicht nicht vorhanden sein sollte, so mögen die noch vorhandenen Mitglieder dafür sorgen, daß nicht der letzte Rest von gelegentlicher Zusammenarbeit verloren geht.

Unternehmerverhalten.

Von den Malern im Schönauischen Betrieb in Hüttensteinach kann man sagen: die Kunst geht betteln. Die Arbeiterschaft streitet sich seit 1923 mit der Firma um Urlaub. Sommer wurde die Belegschaft brüst abgewiesen; zum Teil durch ihre Schuld. Endlich gelang es der Verbandsvertretung, einen Vergleich mit der Firma vor dem Gewerbegericht abzuschließen, wonach die gesamte Summe bis zum 31. Januar 1927 zu zahlen sei. Vor dem Vergleich herrschte bei der Belegschaft der Glaube, daß wenigstens bis Weihnachten ein größerer Betrag zur Auszahlung gelangen würde, um die Arbeiterschaft für das lange Warten etwas zu entschädigen. Aber trotz aller Mühe, die sich die Zahlstellenleitung gab, führte die Firma Gründe ins Feld, nach denen es nicht möglich war, ein besseres Abkommen zustande zu bringen, daß bis zu Weihnachten nur ein kleiner Teil zur Auszahlung gelangt. Wenn daher eine große Erbitterung Platz greift, so kann man das verstehen. Um einen Grund ist man nie verlegen, und wenn man ihn an den Paaren herbeiziehen muß. Auch jetzt hat man einen Grund gefunden, das ist der, man führt an, nicht alle hätten unterschrieben und dem Vergleich zugestimmt. Es wird soweit kommen, daß auch der kleine Teil nicht bis Weihnachten zur Auszahlung kommt.

Ueber die Behandlung der Arbeiter könnte man Bände schreiben. Für einen Teil der Malerkollegen gibt es überhaupt keine Arbeit, ein Teil arbeitet 48 Stunden, ein Teil 54 Stunden und einige noch länger. Einsprüche dagegen werden einfach nicht angehört. Wozu sind die Zustände in der Malerei. Der Malerleiter Dein, aus Neuhau nach hier verpflanzt, gebraucht Ausdrücke gegen die Maler und sonstigen Arbeiter, wie sie früher auf dem Kaiserhof üblich waren. Rosenamen wie Wisse, Vornachse, Kerl, ich hau dir eine in die Fresse, zeigen, welche hoher Mißungsgrad in diesem Vorgesetzten verankert ist. Alten Malern, die als dessen Vater gelten könnten, läßt er eine Behandlung angedeihen, die den alten Leuten das Blut ins Gesicht jagt. Meistens sind diese alten Maler Künstler in ihrem Fach, was man von ihrem Obermaler nicht behaupten kann. Die größte Stärke des Obermalers liegt darin, möglichst niedrige Preise zu machen. Er ist der richtige Antreiber. Müssen die Gebrüder Schönau nicht die Augen niederschlagen, wenn sie solchen alten Leuten begegnen, die 30 bis 40 Jahre für ihre Väter geschuftet haben? Nur so weiter, die Saat wird reifen. Druck erzeugt Gegendruck, einmal wird man auch von solchen, sich als Kraftmenschen aufspielenden Größen Rücksicht verlangen; dann Arbeiter, seit ihr an der Reihe!

Gegen Überstundennunfug.

Es hat den Anschein, daß neben den Gewerkschaften auch Regierungsstellen sich bemühen, dem Überstundennunfug zu steuern. Aber steht es nur so aus? Wenn man die Tätigkeit des Reichstages beachtet, muß man sagen, daß ihm alle anderen Gesetze vorgehen, die er, wie das Schmutz- und Schundgesetz, erst unter Dach und Fach bringt. Ähnlich ist es den bürgerlichen Parteien darum zu tun, die verdorbenen Seelen der Menschen zu retten und die hungarischen Geißel daran, wenn es zu spät ist. Inzwischen können ja die Erwerbslosenbereiter weiter aufgeführt und Überstunden gemacht werden. Das Überstundennunfug hat leider auch in einer Anzahl Porzellanfabriken überhand genommen, und erst nach sanften Rippensößen fühlen sich Behörden oder Gewerbeinspektoren veranlaßt, nachzugehen. Das geschieht allerdings auch nur ansatz. Wenn Behörden verlangen, dann tun die Arbeiter am besten, sich selbst zu helfen. Und wenn jeder mithilft, bleibt der Erfolg nicht aus und den Arbeitern ist ein wertvoller Dienst getan. Den Kollegen und Kolleginnen, die Überstunden machen, sei gesagt, daß sie mit ihrer Bereitwilligkeit tausenden Erwerbslosen das Brot stehlen. Denn eine Überstunde pro Tag, gemacht von 20 Arbeitern, bedeutet, daß 25 Menschen mehr Arbeit haben könnten, wenn sie unterlassen würden. Auf ganz Deutschland übertragen, würden bei geregelter achtstündiger Arbeit und Vermeidung der Überstunden Tausende von Arbeitlosen mehr eingestellt werden müssen. Für viele könnte also Beschäftigung und Brot geschaffen werden.

Auf der anderen Seite bedeuten die Überstunden auch eine atroke Gefahr für die Arbeiter. Bei den Lohnverhandlungen kommen die Unternehmern mit Lohnstatistiken, die dem amtlichen Schlichter ein solches Bild geben, weil die in der Statistik er-

scheinenden Löhne meist nicht erkennen lassen, daß sie mit vielen Überstunden erreicht wurden. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, schützt euch selbst. Duldet nicht, daß Schächlinge in euren Reihen ihr folgenschweres Unwesen treiben. Ruft Überstundenschufter zur Ordnung! W. U. w. e. l. i. s.

Blantenheim mit Ananaburg überein.

Die Zahlstelle Blantenheim untertreibt voll und ganz die Forderungen zu den kommenden Tarifverhandlungen, welche die Zahlstelle Ananaburg aufgestellt hat. Die Porzellanarbeiter erwarten diesmal ganz bestimmt eine Verbesserung ihrer traurigen Lage. Sollten wider Erwarten die Arbeitgeber kein Verständnis hierzu haben, so muß ein ganz energisches Wort mit den Herren geredet werden.

Eine Niederlage des Stahlhelms in der Toncöhrenindustrie.

Die Direktion des Schweizer Bergwerkvereins, Abt. H. o. h. r. i. t., arbeitete schon seit längerer Zeit darauf hin, den im Mai d. J. gewählten Betriebsrat zu beseitigen. In ihm sind Arbeiter vertreten, die 5 bis 15 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, die aber nach der Ansicht der Direktion nicht zuverlässig genug sind, gemeinsame Arbeit mit der Firma zu leisten. Seit dieser Zeit tobt der Kampf gegen den Betriebsrat, der besonders der Zeichner Heubler geleitet wurde. Als Stahlhelmann in Vermühlheim hat er sich besonders zur Aufgabe gemacht, alles, was links von ihm steht, mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen. Strafen wurden den Verweigerern und Verpugern insofern auferlegt, daß für schadhafte Ware die Prämien gekürzt und den Arbeiter, ohne Befragen und ohne Mitwirkung des Betriebsrates, Abzüge vom Lohn vorgenommen wurden. Die Arbeiter klagten die einbehaltenen Beiträge am Gewerbegericht ein, und in beiden Fällen mußte sich die Firma verpflichten, die zu Unrecht abgezogenen Beträge nachzugeben. Darüber herrschte sehr große Empörung, und der Haß gegen den Betriebsrat steigerte sich noch mehr. Besonders gegen den Vorsitzenden wurde mit allen Mitteln gearbeitet. Man ließ eines Tages die übrigen Betriebsratsmitglieder aus Büros rufen und verlangte den Rücktritt des Betriebsratsvorsitzenden mit der Begründung, daß man mit diesem Manne nicht zusammen arbeiten könne. Der Betriebsrat in seiner Gesamtheit lehnte dieses gelegwidrige Verlangen der Firma ab. Nun griff die Firma zu einem anderen Mittel. Die alten, treuen Arbeiter, die sich inzwischen dem Stahlhelm angeschlossen hatten, kamen unter Führung des Zimmermann der Firma zu Hilfe. Man streute das Gerücht im Betriebe aus, daß Kurzarbeit eintrete und am 1. Oktober der Betrieb stillgelegt werde. Es wurde auch für 2 Wochen Kurzarbeit angeordnet, die nur als Druck benutzt wurde, die Belegschaft gegen den Betriebsrat auszuwählen. Dann holte man zum großen Schläge aus. Einige Vorarbeiter und Stahlhelmlaute bewarnteten sich mit Einzelanträgen gegen den Betriebsrat und versuchten nun, Unterschriften zu bekommen, die zum Ausdruck bringen sollten, daß die Belegschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit mit der Tätigkeit des Betriebsrates nicht einverstanden ist. Am Kopf der Listen stand folgender Satz: „Die unterzeichneten Belegschaftsmitglieder beurteilen die Tätigkeit des Betriebsrates und verlangen seine Absetzung.“ Mit dem notwendigen Beigehmaß wurde bei der Sammlung der Unterschriften gearbeitet. Nur einige Proben dieser Propaganda seien angeführt. Man erklärte den Arbeitern: „Wenn ihr unterzeichnet, wird der Betriebsrat zum Teufel gejagt, dann wird die Direktion die Kurzarbeit sofort aufheben, und der Betrieb wird nicht stillgelegt.“ Ein anderer Listenführer sagte: „Ist der Betriebsrat abgesetzt, dann werden die Löhne und Arbeitsfrage erhöht. Das goldene Zeitalter ist wieder gekommen.“

Mit diesen Mitteln und unter dem schärfsten Druck des Betriebsratsführers Heubler brachte man von 220 Belegschaftsmitgliedern im Betriebe 149 Unterschriften gegen den Betriebsrat auf. Großer Jubel herrschte bei der Firma und den Stahlhelmlern. Die Direktion lehnte nun jede Verhandlung mit dem Betriebsrat mit der Begründung ab, daß er nicht mehr die gesamte Belegschaft vertrete, und daß bereits ein Antrag der Firma und ein solcher von der Belegschaft dem Gewerbegericht in Köln zugegangen ist, den Betriebsrat abzusetzen.

Am Gewerbegericht wurde über die beiden Anträge in 8 Sitzungen verhandelt. Die dort vorgebrachten Einwände gegen den Betriebsrat brachen in sich zusammen. Schon in der ersten Verhandlung gab der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Dr. Korschach, dem Firmenvertreter und dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes den Rat, den Antrag zurückzugeben. Darüber große Empörung bei den Antragstellern, und es gab einen scharfen Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts. Das vorgebrachte Material trug in allen seinen Teilen den Stempel der Unklarheit. Die Firma wollte den Betriebsrat ablegen, weil er selbstständig, ohne Wissen der Firma, eine Bekanntmachung an die Belegschaft erlassen haben soll. Diese Behauptung ist unwahr, da am Gewerbegericht festgestellt wurde, daß eine solche Bekanntmachung nicht existierte und nur Einladungsblätter zu einer Betriebsratsversammlung von den Mitgliedern des Betriebsrats verteilt worden sind. Die Stahlhelmlaute wollten den Betriebsrat beseitigen, weil er, wie sie sich wörtlich in einem Schriftsatz an das Gewerbegericht äußerten, „noch nie verstanden hat, die Interessen der Firma mit denen der Belegschaft zu verbinden“. Das waren die Gründe, die den Inhaltspunkt für das Gewerbegericht geben sollten, den Betriebsrat nach § 41 des Betriebsratsgesetzes abzusetzen. In den weiteren Verhandlungen am Gewerbegericht stellte sich heraus, daß auch das sogenannte nicht ausgegebene Material gegen den Betriebsrat sich als nicht stichhaltig erwies. Deshalb auch in der dritten Verhandlung die dringende Mahnung des Vorsitzenden an den Stahlhelmläuter, der dort gleichzeitig auch die Firma mit vertrat, den Antrag zurückzugeben. Das Gewerbegericht beschloß deshalb, die Angelegenheit auf 14 Tage zu vertragen. Am 23. November 1926 ging dem Gewerbegericht folgendes Schreiben zu:

„In Sachen Schweizer Bergwerks-Verein (Belegschaft) gegen den Betriebsrat Hüttensteinach A. 436/26.“

„Im Auftrage vom Kläger Jakob Zimmermann ziehe ich hiermit die Klage zurück und bitte, die entstandenen Kosten von Zimmermann einzusehen zu wollen.“

gez.: Stephan Wolf.“ So mußte es kommen. Ein Einfall auf der ganzen Linie, dazu noch die Anerkennung, die entstandenen Unkosten zu tragen. Alle anderen Gerichte und Schwurgerichte, die Niederlage zu verzeichnen, sind unwahr.

Obne die Verhandlung hätten die Gegner diese Niederlage nicht erlitten. Vorgänge im Betriebe, die schon zwei Jahre zurückliegen, wurden herangezogen, um den Betriebsrat zu erledigen. Auch die Reue, die aus den Kreisen der Arbeiterschaft gegen den Betriebsrat dort aufzutreten wollten, haben durch die Zurückziehung des Antrages auch Glück dabei gehabt. Man hätte die Hände über den Kopf zusammenschlagen, wenn man in moralischer Beziehung keine Vergangenheit dort aufgedeckt hätte.

Nun gilt es für die Zukunft, gemeinsam mit dem Betriebsrat zusammen zu arbeiten. Die noch keinen Verband angehörenden, schließen sich reiflich dem Keramischen Bund an. Es darf keiner mehr juristischen Feig und geschloßen müßt hinter dem Betriebsrat stehen. Diese Mahnung muß befolgt werden. Erst dann wird der Betriebsrat Einfluß und die Organisations bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für euch erzwingen können. Deshalb tretet ein in den „Keramischen Bund“!

Erst rufen, dann kämpfen! R. Hertwig

Eine interessante Unfallstreitsache.

Der Kollege K. H. in K. u. H. d. B., Bez. Germersheim, arbeitete als Arbeiter in den Dampfzylinderwerken in Zweibrücken, welcher Ort von seiner Wohnung circa 90 Kilometer entfernt ist. Er fuhr nur jeden Sonnabend nach seiner in K. u. H. d. B. befindlichen Wohnung; dazu benutzte er bis Landau die Eisenbahn und fuhr von da per Rad in seine circa 3 Stunden von Landau entfernte Wohnung. Am 10. April 1925 fuhr er in der Nähe des Bahnhofes Landau mit einem Auto zusammen und lag sich bei dem Fall vom Rade eine Verstauchung des rechten Kniegelenkes zu.

Auf Grund der durch den Unfall zugezogenen Verstauchung des rechten Kniegelenkes wurde der Kollege erwerbslos und ist jetzt nach seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt. Er beantragte bei der Hiegeler-Vereinsgenossenschaft die Befreiung der Unfallrente. Die Hiegeler-Vereinsgenossenschaft lehnte den Anspruch des Kollegen ab.

Gegen den ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft wurde beim Oberverwaltungsamt Einspruch erhoben. Letzteres sprach am 10. November 1926 ein Urteil, in dem der ablehnende Bescheid der Berufsgenossenschaft aufgehoben und dem Kollegen vom 26. Juni 1926 (nach Aufheben der Krankengeldzahlung) bis 31. Oktober 1926 eine vorläufige Teilrente von 25 Proz. und vom 1. November 1926 bis auf weiteres eine gleiche Rente von 15 Proz. zugesprochen wurde.

Die Berufsgenossenschaft hatte den Anspruch des Kollegen deshalb abgelehnt, weil ein Betriebsunfall nicht vorliege. Der Weg, den der Kläger zu machen hatte, sei nicht als Betriebsweg zu bezeichnen. Als solcher könne nur der Weg von der Arbeitsstätte bis zum Aufenthaltsraum gelten. Als Betriebsweg könne er auch deshalb nicht angesehen werden, weil er nicht täglich benutzt würde. Für den Kläger sei der Betriebsraum auf der Hiegeler als Wohnung im Sinne des § 545a der RVO zu betrachten, und nur der tägliche Weg dahin käme in Frage, nicht der alle vierzehn Tage im privaten Interesse gemachte.

Die Spruchkammer des Oberverwaltungsamtes hat es abgelehnt, den Betriebs- und Schlafraum in Zweibrücken als Wohnung im Sinne des § 545a der RVO anzusehen. Bei diesem komme ein Weg von und zu der Arbeitsstätte gar nicht in Frage, weil er sich ja auf der Arbeitsstätte befinde. Daß H. nicht auf der Arbeitsstätte in Zweibrücken, sondern in K. u. H. d. B. den Mittelpunkt seines familiären Lebens, auch das er ein Recht hat, heißt, gehört der Weg von der Arbeitsstätte dahin zu dem im § 545a der RVO gesuchten Betriebsweg, auch wenn er ihn wöchentlich nur einmal macht.

Würde der Kollege auf dem Wege abgewiesen sein, um Privatangelegenheiten zu erledigen, d. h. nicht den geraden Weg benutzt haben, so wäre er wahrscheinlich mit seinem Einspruch abgewiesen. So ist der Unfall auf dem direkten Wege passiert. Nach Wahrungsmäßig mußte er nach seiner Wohnung, nicht nur, um im Kreise seiner Familie zu leben, sondern auch, um seine Arbeitskleider und Schuhe herrichten zu lassen.

In der Begründung des obigen Urteils ist noch gesagt, daß mit dem Augenblick des Betretens der Wohnung der Säug erlischt.

Überstundenwesen in der feuerfesten Industrie.

Die Firma Martin & Faganschneider in Köln-Mülheim macht von allen hiesigen Werken in der Beschäftigung eine Ausnahme. Das Werk ist mit Aufträgen überhäuft, die sich aus russischen und vorwiegend aus inländischen Aufträgen zusammensetzen. Es werden noch Aufträge an andere Werke abgegeben, um allen Anforderungen rechtzeitig gerecht zu werden. Das Werk ist gegenwärtig im Umbau begriffen. Es werden neue Leisten gebaut. Die neue Anlage wird vollständig umgestellt, so daß nach Fertigstellung der Anlagen einer der modernsten Betriebe bestehen wird. Es steht zu erwarten, daß mit der härteren Beschäftigung auch die Zahl der Arbeiter sich vermehren muß. Bis jetzt hat es aber die Direktion vermieden, auch die Arbeiterzahl entsprechend dem Bedarf und überaus guten Geschäftsgang anzuheben. Das Überstundenwesen hat eine Höhe erreicht, daß bei besten Regeln gut 30 bis 40 Arbeiter mehr eingestellt werden müßten. Arbeitszeiten von 10 bis 100 Stunden und darüber sind keine Seltenheit. Auch nicht mit den Arbeitern zu, nach Beendigung ihrer wesentlichen Arbeitszeit noch Rücksichten zu verschonen, und leider muß festgestellt werden, daß die Arbeiter sich teilweise in dieser Überarbeit bringen. In einer mit der Leitung des Gesamtverbandes hantierenden Arbeiterratung wurden folgende Forderungen gestellt, die weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen. Es wurde deshalb beschlossen, der Firma den Antrag zu unterbreiten, allwöchentlich dem Arbeiter eine Lücke über die geleisteten Überstunden auszuhandeln, und ab 1. Dezember 1925 jede Überstundenarbeit über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus einzustellen. Die daraufhin mit der Firma getroffenen Verhandlungen führten zu folgendem Ergebnis:

- 1. Es werden nur die allernotwendigsten Überstunden im Zusammenhang mit dem Arbeiterrat gemacht.
- 2. Bei den Beschäftigten wird Doppelschicht eingeführt (Rasttag).

Tausch ist beim dort eingetretenen Mangel durch das Eingreifen des Verbandes gesichert worden. Es hätte schon längst bemerkt werden können, wenn die Kollegen sich eher mit der Beschäftigung in Verbindung gesetzt hätten. Lange Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung ist die Grundbedingung für den Erfolg weiterer Arbeit. Daher aufgewacht und mitgemacht, heißt durch einen Beitritt in den Gesamtverband die Arbeit leichter, das auch in allen anderen Fragen des Arbeitsverhältnisses Verbesserungen durchzusetzen und. Der dort erwähnte Stundenlohn von 25 M. für die Hilfsarbeiter, die während der Ausführung der Arbeit und auch die Allernotwendigsten im Betriebe sind. Die nur durch Überstunden und Überstundenzeit verkürzt werden können. Beharrlichkeit und Ausdauer sind aber notwendig, um bei gegebenem Preis Erträge zu erzielen. H. Vertriebs

Ein Wohnungsbauprogramm der freien Gewerkschaften.

Als Ergebnis einer gründlichen Untersuchung der Verhältnisse in Wohnungsangelegenheiten haben die Arbeiterorganisationen der freien Gewerkschaften, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ein gemeinsames Wohnungsbauprogramm aufgestellt, das nachstehend im Auszuge wiedergegeben wird. Die Richtlinien lauten:

Wenn auch die Schätzungen über die Zahl der fehlenden Wohnungen erheblich auseinandergehen, und wenn man auch nicht die Höhe, die nach 15 Jahren und mehr fehlende Wohnungen ergeben, als richtig ansehen will, so werden doch mindestens in ganz Deutschland 100000 Wohnungen weniger vorhanden sein als heute zur Befriedigung des dringenden Wohnbedarfs notwendig sind. In dieser Beziehung ist die Lage der freien Gewerkschaften in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern eine sehr günstige. In Deutschland sind heute noch 100000 Wohnungen für Deutschland erforderlich.

Ein Wohnungsbauprogramm für Deutschland hat nur die Wohnungsfrage der unterbemittelten Volksschichten als Aufgabe zu setzen. Bei Erstellung dieser Wohnungen muß aber von der Tatsache ausgegangen werden, daß den unterbemittelten Volksschichten, den Arbeitern, Beamten und Angestellten, nicht gestattet werden kann, Ländereien aus eigener Macht zum Bau oder zur Beschaffung der Wohnungen zu

leisten, es sei denn, daß es sich um Genossenschaftsanteile handelt, die in Raten eingekauft werden können und einen Höchstbetrag von 500 M. nicht übersteigen. Unter Berücksichtigung der deutschen Wirtschaftslage und der Möglichkeiten, die den Gehaltsempfängern und Lohnarbeitern verbleiben, können die Mieten auch am 1. April 1927 nicht gesteigert werden, zumal der jetzt den Hausbesitzern von der Miete für die Deckung ihrer Unkosten verbleibende Betrag für eine ordnungsmäßige Wohnungsbauwirtschaft und Wohnungserhaltung vollständig ausreicht. Wegen der Dringlichkeit der Sache muß dafür gesorgt werden, daß das Programm schnellstmöglich, spätestens vor Ende dieses Jahres, verabschiedet wird, um die Wohnungsbaufähigkeit von 1927 an bereits darauf einzustellen. Auch Ergänzungen durch Länder und Gemeinden, insbesondere Programmänderungen für die nächsten Jahre, müssen so rechtzeitig verabschiedet werden, daß bis zum Ende eines jeden Jahres die Verhältnisse für das kommende Jahr vollständig klar sind und die bauausführenden Organisationen wissen, unter welchen Voraussetzungen sie im nächsten Jahre arbeiten können. Einem Mindestwohnungsbauprogramm müßten folgende Richtlinien zugrunde gelegt werden:

Das Wohnungsbauprogramm wird davon ausgehen müssen, daß jährlich der Bau von mindestens 250 000 Volkswohnungen möglich gemacht wird. Die auf Grund dieses Mindestwohnungsbauprogrammes zu errichtenden Wohnungen dürfen eine Wohnfläche von 100 Quadratmeter nicht übersteigen. Die durchschnittliche Wohnfläche aller zur Errichtung kommenden Wohnungen soll je nach den bezüchlichen Verhältnissen 60 bis 65 Quadratmeter betragen. Nach Ablauf von zwei Jahren ist zu prüfen, ob die Durchschnittswohnfläche nicht auf 65 bis 70 Quadratmeter und nach weiteren zwei Jahren von 70 auf 75 Quadratmeter heraufgesetzt werden kann. Die Baukosten für eine Neubauwohnung von durchschnittlich 60 bis 65 Quadratmeter Wohnfläche müssen im Reichsdurchschnitt mit 10 000 M. je Wohnung angesetzt werden. Die Finanzierung dieser Wohnungsbaufähigkeit ist sohergestellt, daß die Mieten in diesen Neubauten höchstens 10 Proz. über die örtlich angemessenen Friedensmieten hinausgehen. Die Tilgung der Hauszinssteuerhypothek müßte so lange angesetzt werden, bis die Wirtschaftslage Deutschlands gestärkt, die Mieten im allgemeinen auch in den Altwohnungen entsprechend zu erhöhen.

Der Kapitalbedarf für ein Mindestwohnungsbauprogramm von 250 000 Wohnungen stellt sich unter Zugrundelegung der obigen Ziffern demnach wie folgt:

Erste und zweite Hypotheken	250 000 × 4000 =	1 000 000 000 M.
Hauszinssteuerhypotheken	250 000 × 5500 =	1 375 000 000 M.
Eigenkapital	250 000 × 500 =	125 000 000 M.
Ca. 2 500 000 000 M.		

Die ersten und zweiten Hypotheken sind in erster Linie dem deutschen Kapitalmarkt zu entnehmen, der nach dem gegenwärtigen Stande unzweifelhaft über sehr große Beiträge zu diesen Zwecken verfügt. Der fehlende Betrag für die ersten und zweiten Hypotheken ist aufzubringen durch die Hypothekenbanken und sonstigen Realcreditinstitute. Weiter sind die Träger der sozialen Versicherungsanstalten zu veranlassen, ihre Kapitalanlage in erster Linie dem Wohnungsbau zuzuführen.

Die erforderlichen Hauszinssteuerhypotheken sind anzubringen auf Grund des Reichsgesetzes über den Geldwertungsangleich beim bebauten Grundbesitz. Die Hauszinssteuer ist in ihrer jetzigen Form eine sozialpolitische Unmöglichkeit geworden, da sie als Steuerquelle für allgemeine Finanzzwecke in Anspruch genommen wird. Es ist zu fordern, daß 25 Proz. der Friedensmiete reiflos für den Wohnungsbau verwendet werden. Das heißt voraus, daß 25 Proz. der wirklichen Friedensmiete für diesen Zweck auch von allen bebauten Grundstücken abgebracht werden. Da die auf Grund des vorstehenden Vorschlages zur Verfügung stehenden Einkünfte für die erforderlichen Hauszinssteuerhypotheken nicht ausreichen, sind die fehlenden Beträge durch Anleihen anzubringen. Aus dem Hauszinssteueranfallkommen sind dem Reich 1/10 zur Bewirtschaftung als Ausgleichsfonds und zur Unterstützung sonstiger dem Bau von Volkswohnungen fördernden und verbilligenden Maßnahmen zu überweisen. Die Mittel aus dem Ausgleichsfonds sollen im Einverständnis mit den Ländern verwendet und nach dem vorhandenen Bedarf verteilt werden. 7/10 des Hauszinssteueranfallkommens verbleiben den Gemeinden zur eigenen Verwendung mit bindender Verpflichtung der Verwendung nach den Richtlinien des Reiches und der Länder. Bei Großstädten kann durch das Reich oder die Länderregierungen angeordnet werden, daß bis zu 1/4 des den Gemeinden zur eigenen Verwendung überlassenen Anteils zur Zentralisierung des Siedlungswesens in Verbindung mit vorgelagerten Gemeinden und Kreisen verwendet werden muß. Das Reich, die Länder und Gemeinden müssen dafür sorgen, daß für den Wohnungsbau billiges Baugelände entweder im beschränkten Eigentumsverhältnis oder im Erbbaurecht zur Verfügung gestellt wird.

Den ganz besonderer Bedeutung ist die Einsparung von Kapital durch eine Nationalisierung der Bauwirtschaft im Sinne des Ferienbaues, unter weitestgehender Zapsierung der Bauten und der Normalisierung der Bauteile. Zu diesem Zwecke haben die Länder und Gemeinden darauf Bedacht zu nehmen, daß das öffentliche Baukapital nicht im Individualbau verzerlt, sondern soweit als möglich zu Großbauten konzentriert wird, die unter sachverständiger Leitung erfahrener Bauwirtschaftler und Architekten zur Ausführung zu bringen sind. Zum Ausgleich des Saisoncharakters der Bauwirtschaft ist darauf hinzuwirken, daß die einzelnen Bauaufträge nach Möglichkeit über das ganze Jahr verteilt und daß Reparaturarbeiten im Innern der Gebäude möglichst in die Wintermonate verlegt werden, um einen produktionswertenden Leerlauf der Baubetriebe zu vermeiden und den Bauarbeitern während des ganzen Jahres Beschäftigung zu geben. Eine weitere Erleichterung von Großbauten besteht darin, daß die Bauherren Städte, Gemeinden, geistliche Anstalten, Schulen, Siedlungsgesellschaften und Bauvereine (z. B. der Ortsverbände der Bauarbeiter unter der Leitung der Städte und Gemeinden) die Ausführung untereinander halten, um das gegenseitige Hochtreiben der Preise nicht nur zu unterbinden, sondern die Preise durch eine bewußte Zusammenfassung der Bauherrenkräfte gegenüber den Bauherren und Subalternen zu senken. Wohnungsbauprogramm mit Unterstützung öffentlicher Mittel werden nicht nur in Deutschland geschaffen werden.

Warum christliche Gewerkschaften?

Um die freien Gewerkschaften zu verleumden, ist die einzig richtige Antwort auf diese Frage. Denn es ist tatsächlich eine Verleumdung, wenn die Verleumder einer Anzahl christlicher Gewerkschaften folgende Behauptung über die freien Gewerkschaften enthalten:

Die freien Gewerkschaften haben sich beabzweckungsgemäß seit ihrer Gründung einseitig parteipolitisch eingerichtet. Gewerkschaftsgelder zu Tausenden von Mark für die Partei verpulvert. Die Religionsverleumdung betrieben und so Tausende von Arbeitern abgeführt. Durch die arbeitserkämpferische Kampfkampferie haben die freien Gewerkschaften den Streit in die eigenen Reihen getragen. Dieser Streit hat teilweise die tollsten Formen angenommen. In dem Namen des Christentums haben die Arbeiter untereinander aneinander, zum Schaden der Arbeitgeber. Jeder wollte der beste Klassenkämpfer, jeder der beste Parteimann sein. Durch diese parteipolitische Belastung der freien Gewerkschaften haben die Arbeiter ungenutzten Schaden gehabt.

Eine Gewerkschaft, die mit dervartig unfauberen Mitteln und Anwürfen arbeitet, kann unmöglich eine einflussreiche Organisationsgemeinschaft werden. Deshalb konnte dieses „christliche“ Pflanzchen auch niemals Bedeutung erlangen. Deshalb frist es der Neid fast auf. Deshalb schlägt es moralische Purzelbäume und nennt sich christlich, schändet den Namen eines Christus und macht sich zum Grundsatz: Verleumde nur, es bleibt doch etwas hängen.

Es scheinen aber nicht nur Haß und Neid den christlichen Werbern die Köpfe zu vernebeln, sondern auch das Etwas, gegen das selbst Götter vergeblich kämpfen. Sonst könnte nicht die verbotene Behauptung aufgestellt werden, die freien Gewerkschaften seien seit ihrer Gründung einseitig parteipolitisch. Wäre es wohl für die Arbeiter besser, wenn die Vertreter der freien Gewerkschaften in fast sämtlichen bürgerlichen Parteien die Rolle der christlichen Gewerkschaftsvertreter spielen würden, d. h. a r t e i n e? Es ist für die Arbeiter besser, die freien Gewerkschaften lehren sich an eine Arbeiterpartei als an die bürgerlichen Parteien, die nur die Interessen der Unternehmer vertreten. Also lieber einseitig als so vielseitig, daß dadurch ein Teil gewerkschaftlicher Einfluß von Arbeitern in Unternehmerpartei verloren geht.

Der christliche Schreiber mag doch einmal den Beweis erbringen, daß Tausende von Mark für die Partei verpulvert wurden. Diese Behauptung ist doch weiter nichts als ein so echt schmutziges, christliches Lügengeschichtchen, das in einer Zeit erhoben wird, in der ein gemeinschaftlicher Vorstoß gegen die Übergebarung unternommen werden soll. Wenn die „christliche“ Gewerkschaftsleitung das billigt, dann sollten sich unsere Vertreter überlegen, ob sie mit jenen Leuten zusammengehen sollen.

Die Klassenkämpferie hat es den „Christen“ wieder angetan. Führen denn sie nicht auch Klassenkämpfe, wenn sie einem Streit nicht ausweichen können? Sie sollen doch nicht so einseitig reben, die Christen; wenn sie tatsächlich gewerkschaftlich etwas erreichen wollen, müssen sie das tun, was die freien Gewerkschaften und die Unternehmer machen, also den Klassenkampf führen. Sie wissen nur zu gut, daß sie mit schönen Nebensarten und Drohungen bei den Unternehmern nichts erreichen, und nun wollen sie sich als Engel und Harmonieapostel hinstellen. Das ist doch Heuchelei.

Ist etwa die christliche Gewerkschaftsbewegung vor Meinungsverschiedenheiten verlor? Gewiß nicht. Und alle Sachkenner müssen bestätigen, daß die Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein müssen, wenn eine Bewegung nicht rosten soll. Die freien Gewerkschaften können und wollen unmöglich Meinungen unterdrücken. Aber das eine steht auch fest, daß die Arbeitgeber des öfteren an dem eigenbrütlerischen Verhalten der „christlichen“ Gewerkschaften nicht nur ein Gaudium, sondern Vorteile hatten, das schon die Trennung der Gewerkschaften gegenüber der geschlossenen Front der Arbeitgeber ein Nachteil für die Arbeiterarbeit ist. Diese Belastung der gesamten organisierten Arbeiterarbeit ist viel gefährlicher als die angeblich parteipolitische der freien Gewerkschaften. Das merken letzten Endes auch christlich gesinnte Arbeiter, darum schließen sie sich in viel größerer Zahl den freien und nicht den christlichen Gewerkschaften an. Sie merken eben, daß die parteipolitische Einseitigkeit viel eher zu ertragen ist als parteipolitische Vielseitigkeit, von der nur Nachteile ausgehen.

Dann ist die einseitig parteipolitische Belastung für die freien Gewerkschaften immer noch nicht so schwer als die Gemeindefürsorgebelastung der christlichen Gewerkschaften.

Allgemeines.

Wer sitzt an der gefüllten Futtertrippe?

Es war eines der beliebtesten Agitationsmittel bei den Wahlen, daß nach der Umwälzung der Staatsordnung die Futtertrippe durch die republikanischen Parteien in maßloser Weise in Anspruch genommen sei. Daraufhin wurde von der Sozialdemokratie der Antrag eingebracht, daß die Reichsregierung eine Denkschrift vorlegen möge, die eine Uebersicht über die Pensionen- und Wartegelder ehemaliger Minister, Staatssekretäre und Generale ermöglichte. Die Denkschrift wurde jetzt dem Reichstag zugestellt. Daran geht hervor, daß die Republik gegenwärtig an 1857 Minister, Staatssekretäre, Generale und Admirale Pensionen- und Wartegelder im Betrag von 23 093 000 M. zahlt. Die Pensionäre der Länder sind nicht dabei. 104 Reichskanzler, Minister und Staatssekretäre erhalten jährlich 1 736 000 M., 1599 Generale bzw. Oberjäger erhalten 19 423 000 M., 122 Admirale dürfen 1 582 000 M. jährlich in die Tasche stecken. Die letzten beiden Kategorien sind offenbare Feinde der Republik, ihnen werden jährlich über 21 Mill. M. in den Hals geworfen. Von den Ministern und Staatssekretären entfallen auf die Zeit vor der Staatsumwälzung 29 Reichsminister und 16 Staatssekretäre, und auf die Zeit nach der Staatsumwälzung 31 Reichsminister und 29 Staatssekretäre. 40 Pensionäre der Monarchie beziehen im ganzen 903 000 M., und 59 Pensionäre der Republik erhalten 833 000 M. Fast die Hälfte der Zivilpensionäre entfällt also auf die Monarchie, diese erhalten auch weit höhere Pensionen. Unter den 104 Zivilpensionären des Reiches befinden sich nur drei Sozialdemokraten, nämlich Gustav Bauer, Dr. Klabbruch und Robert Schmidt. Die Pensionen der drei sozialdemokratischen Minister schwanken zwischen 10 000 und 13 000 M. Bei den bürgerlichen Pensionären sind die Pensionen wesentlich höher. Des ferneren sind die bürgerlichen Pensionäre und Offiziere vielfach in hochbezahlten Privatstellungen untergebracht. Es sei hier nur erinnert an Dr. Guano, Dr. Jarrés, v. Raumer, Hamm usw. Die Denkschrift dürfte klar erweisen haben, daß die Futtertrippe der Republik umdrängt wird von reaktionären Personen, die dieselbe Republik mit Steinen bewerfen. Nur in Deutschland ist ein solcher Skandal möglich.

Briefkasten.

Nach Gumbinnen. Die Zeitung wird hier am Mittwoch abgeschickt und müßte spätestens am Sonnabend dort sein. Eine frühere Sendung läßt sich leider nicht ermöglichen.

Arbeitsmarkt.

Ich suche zum Eintritt per Anfang Januar zwei äußerst tüchtige, unbeschäftigte Porzellanmaler, welche in reichlicher Poliergold-Handmalerei, auch Stempel und Staffage, durchaus perfekt sind und allerfauberste Arbeit liefern können. Es wollen sich nur solche Kräfte melden, welche schon in namhaften Fabriken beschäftigt waren und auf Akkordarbeiten eingestellt sind. Bei zufriedenstellender Leistung wird Dauerstellung geboten. Porzellan-Manufaktur Ang. Rosch, Münster i. W. (35)

Erstklassiger Glasierer, ebensolche zwei Gebläser für sanitäres Steingut von österreichischer Fabrik gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an Steingut-Industrie-A.-G., Gumbinnen-Engelhof. (39)

Ein Brenner für Fayence wird für Berlin gesucht. Lebige beverzugt. Meldungen an Arbeitsnachweis des „Keramischen Bundes“, Berlin S.O. 16, Engel-W. 24/25. (40)

Glasarbeiter für Schmelzglas, Beleuchtung, Blecher und Konserve sucht für sofort Arbeit. Wohnung Bedienung. Anzeiger an Arbeitsnachweis für die Glasindustrie, Weipolzer D. 2. (36)